6.354/ABvom 22.06.2021 zu 6441/J (XXVII. GP) bmdw.gv.at

Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates Mag. Wolfgang Sobotka Parlament

1017 Wien

Dr. Margarete SchramböckBundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

<u>buero.schramboeck@bmdw.gv.at</u> Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.296.765

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)6441/J-NR/2021

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 6441/J betreffend "Auswirkungen der Sicherheitslücken bei Microsoft Exchange auf Österreichs Wirtschaft und Sicherheit", welche die Abgeordneten Dr. in Petra Oberrauner, Kolleginnen und Kollegen am 22. April 2021 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 19 der Anfrage:

- 1. Wie viele Server sind in Österreich von der Sicherheitslücke bei Microsoft Exchange betroffen?
- 1. Wie viele dieser Server sind bislang mit einem Patch versehen worden?
- 2. Wie viele Hintertüren (Webshells) sind bislang auf den betroffenen Servern aufgespürt worden?
- 3. Bis wann geht ihr Ministerium aus sollen alle Server mit einem Patch versehen worden sein?
- 4. Waren auch Server staatlicher Einrichtungen (Ministerien, Behörden, Parlamente, Gerichte, Krankenhäuser, Universitäten etc.) auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie Server weiterer kritischer Infrastrukturen und von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge von der Sicherheitslücke betroffen? Wenn ja, wie viele und in welchen Bereichen?
- 5. Wurden bei diesen Servern auch Webshells gefunden?
- 6. Bis wann konnten bei diesen Servern die Lücken geschlossen und die Webshells entfernt werden?

- 7. Ist es aufgrund installierter Webshells zu Angriffen auf staatliche Einrichtungen, kritische Infrastrukturen und Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gekommen? Wenn ja, zu welchen?
- 8. Welche Maßnahmen wurden von Ihnen ergriffen, um die digitale Infrastruktur staatlicher Einrichtungen, kritischer Infrastrukturen und von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge auf Sicherheitslücken und Webshells zu überprüfen und identifizierte Sicherheitslücken und Schadprogramme schnellstmöglich zu beseitigen?
- 9. Welche finanziellen Kosten sind für diese Maßnahmen angefallen? Konnten diese aus dem hierfür vorgesehen Kostenstellen gedeckt werden oder wurden zusätzliche Mittel bereitgestellt?
- 11. Wie viele Unternehmen (wie viele davon Kleinst-, Klein- und Mittelständische Unternehmen) sind in Österreich von der Sicherheitslücke, der Platzierung von Webshells und darauf folgenden Angriffen mit Schad- und Spionagesoftware betroffen?
- 11. Ist es aufgrund der Sicherheitslücken und damit verbundener Cyberangriffe in Österreich zu Produktionsausfällen gekommen? Falls ja, in welchen Branchen?
- 12. Auf welche Höhe beläuft sich bislang der volkswirtschaftliche Schaden?
- 13. Wann und in welcher Form haben Sie die Unternehmerinnen und Unternehmer und ihre Betriebe über die Sicherheitslücke bei Microsoft Exchange, vor Webshells und drohenden Cyberangriffen informiert?
- 14. Wann, in welcher Form und in welchem Zeitraum haben Sie betroffenen Unternehmen Ihre Hilfe bei der Sicherung ihrer digitalen Infrastruktur angeboten?
- 15. Wie viele Personen sind damit in Ihrem Ministerium befasst und welche finanziellen Mittel wurden hierfür aus welcher Kostenstelle aufgewendet?
- 16. Gibt es von ihrem Ministerium finanzielle Unterstützung für Unternehmen in Österreich, die durch die Sicherheitslücken bei Microsoft Exchange und daraus resultierenden Cyberangriffen einen existenzbedrohenden finanziellen Schaden erlitten haben? Falls ja, in welcher Höhe?
- 17. Welche Kenntnisse besitzen Sie darüber, wer bzw. welche Gruppierung oder Organisation hinter der massenhaften Platzierung von Webshells steckt?
- 18. Was wollen Sie unternehmen, um die digitale Infrastruktur im staatlichen und nichtstaatlichen Bereich zukünftig besser vor den Risiken derartiger Sicherheitslücken und massenhafter Cyberattacken zu schützen?

Für den Wirkungsbereich der Zentralleitung des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort kann mitgeteilt werden, dass bei einer am 4. März 2021 durchgeführten Aktualisierung der Microsoft Exchange Server keine Webshells gefunden wurden. Die Aktualisierung war Teil der regelmäßigen Betriebsführung und hat keine zusätzlichen Kosten verursacht.

Zum durch die angesprochenen Sicherheitslücken entstandenen volkswirtschaftlichen Schaden liegen dem Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort keine Daten vor. Auch sind in diesem Zusammenhang in meinem Ressort keine Anfragen eingegangen.

Im Übrigen ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 6440/J durch den für Angelegenheiten der Cybersicherheit zuständigen Herrn Bundeskanzler zu verweisen.

Wien, am 22. Juni 2021

Dr. Margarete Schramböck

Elektronisch gefertigt

2021-0.296.765 3 von 3